

**Nr. 21**  
**1973**

# Union in Deutschland

Bonn, den 23. Mai 1973

## CDU/CSU bedauert: Brandt umging die wichtigsten Fragen

Die CDU/CSU hat von Anfang an begrüßt, daß der Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Breschnew, Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen bot. Für den Generalsekretär war offensichtlich das zentrale Thema, für eine verstärkte Kooperation zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zu werben. Auch in der gemeinsamen Erklärung, die Breschnew und Brandt unterzeichneten, ist das durchgängige Thema.

Die CDU/CSU bedauert, daß der Bundeskanzler es unterlassen hat, in seinen Ansprachen und in der gemeinsamen Erklärung auf das ungelöste deutsche Problem und die ständige Verletzung der Menschenrechte in Deutschland hinzuweisen.

Auch die in der gemeinsamen Erklärung enthaltene Formulierung zu Berlin ist nicht befriedigend. Der Hinweis auf die Notwendigkeit einer strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Berlin-Abkommens als eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung im Zentrum Europas und eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den entsprechenden Staaten räumt die vorhandenen Schwierigkeiten nicht aus, da Teile des Abkommens unterschiedlich interpretiert werden. So legt die Sowjetunion Wert darauf zu betonen, daß Berlin kein konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist, während die Bundesrepublik Deutschland die Bindungen West-Berlins an den Bund und die Notwendigkeit ihrer weiteren Entwicklung in den Vordergrund stellt. Dieser Dissens ist durch die Formulierung der gemeinsamen Erklärung nicht aus der Welt geschafft. Die

(Fortsetzung auf Seite 2)

### RENTEN

Mit einem parlamentarischen Verfahrenstrick versuchen SPD und FDP, das „Nein“ der CDU/CSU bei der Schlußabstimmung am 17. Mai 1973 als „Nein“ zur Rentenanpassung zum 1. Juli 1973 hinzustellen. Dieser Propaganda-Effekt muß verhindert werden. Argumentationshilfen zu diesem Zweck finden sich in der heutigen

Dokumentation.

### EUROPA

Unmittelbar vor seinem Besuch bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel macht der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Dr. Helmut Kohl Vorschläge, wie die Europa-Idee im Bewußtsein des einzelnen Bürgers wieder unmittelbar erfahrbar gemacht werden kann. Angesichts der Tatsache, daß die Europa-Idee im Bewußtsein der Bevölkerung immer mehr zu verblassen droht, sind Kohls Denkanstöße von besonderer Bedeutung.

Seite 13

### STABILITÄT

Die Union sieht die Voraussetzungen noch nicht als gegeben an, um die Mitverantwortung für das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung zu übernehmen. Der CDU-Abgeordnete Dr. Hansjörg Häfele begründet diese Haltung auf.

Seite 15

## Für bessere Qualität im Wohnungsbau

Verstärkte Bemühungen um eine bessere Wohnungsqualität forderte der wohnungspolitische Sprecher der CDU, Ferdinand Erpenbeck, von der Bundesregierung. Nach einer Sitzung des Unterausschusses für Städtebau und Wohnungswesen unter seinem Vorsitz erklärte Erpenbeck, heute komme es darauf an, stärker den Wohnbedürfnissen und Wohnwünschen breiter Bevölkerungskreise gerecht zu werden.

Die Notwendigkeit verstärkter Bemühungen um eine bessere Qualität gelte nicht nur für die einzelne Wohnung, sondern auch für die bauliche Umwelt in Stadt und Land. Mit Sorge beobachte die CDU nicht nur, daß wertvolle bauliche Substanz verloren gehe, weil die Regierung nicht genug für die Modernisierung tue und eine ideologisch bestimmte Mietgesetzgebung jede private Initiative lähme; Ergebnis dieser verfehlten Wohnungspolitik sei auch, daß selbst in Ballungsgebieten neu gebaute Sozialwohnungen nicht mehr vermietbar seien, weil die z. T. erheblich über 4 DM pro qm Wohnfläche liegenden „Sozialmieten“ von denen nicht mehr aufgebracht werden könnten, für die diese Wohnungen gebaut worden seien.

Es könne nicht das Ziel staatlicher Wohnungsbaupolitik sein, sagte Erpenbeck, tatenlos zuzusehen, daß der Anteil der Sozialwohnungen am gesamten Wohnungsbauvolumen seit Jahren ständig sinke. Im Rahmen einer allmählichen Umstellung der Objekte auf die personenbezogene Förderung müsse das Wohngeld stärker als Mittel der Wohnungsbauförderung ausgestaltet werden.

Praxis der kommenden Monate muß den Wert der gefundenen Formel erweisen.

Was die beabsichtigte Verstärkung der technischen und wirtschaftlichen Kooperation anbelangt, so steht die CDU/CSU diesem Gedanken grundsätzlich positiv gegenüber. Hier kann an die von uns vor vielen Jahren eingeleitete Politik angeknüpft werden. Es wird aber sicherlich noch einer sorgfältigen Prüfung bedürfen, ob und wie diese Pläne realisiert werden können.

Bei aller Anerkennung der Nützlichkeit des Besuches, der auch die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Vertretern der CDU/CSU gab, ist jedoch vor der Illusion zu warnen, daß sich die langfristigen politischen Ziele des östlichen Gesprächspartners dadurch ändern. Diese Feststellung berührt die grundsätzliche Zustimmung der CDU/CSU zu ausgewogenen Spannungsschritten nicht.

Prof. Dr. Karl Carstens,  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Europäische Währungsunion als Mittel der Inflationsbekämpfung

Die Jahrestagung der „Inter-Party Conference“, der europäischen christlich-demokratische und konservative Parteien angehören, fand vom 19.–20. Mai 1973 in Luxemburg statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Fragen und Möglichkeiten, die sich aus der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften ergeben. Dabei wurde auch erörtert, wie sich eine Europäische Währungsunion als Mittel der Inflationsbekämpfung auswirken könnte. Zu den genannten Problemen sprachen einleitend der britische Europaminister, John Davies, und der Ministerpräsident des Gastlandes, Pierre Werner.

Besondere Aufmerksamkeit fand ein Erfahrungsaustausch über den Linkstrend in Europa, dem ein Referat des Generalsekretärs der österreichischen

Volkspartei, Dr. Herbert Kohlmaier zugrunde lag.

Die deutsche Delegation stand unter Leitung von Kai-Uwe von Hassel; ihr gehörten ferner die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion Blumenfeld, Dr. Narjes und Dr. Warnke sowie der Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen, Dr. Böx, an.

Die nächste Zusammenkunft der Inter-Party Conference findet in Helsinki statt.

## Das Ende für § 7 b

Im Bundesfinanzministerium läßt man kaum noch Zweifel daran, daß der § 7 b Einkommensteuergesetz nach der befristeten Aussetzung in der bisherigen Fassung nicht mehr wirksam wird. Die Forderungen nach seiner Streichung und einer anderen Form der Begünstigung (u. a. auch von der Eberhard-Steuer-Kommission erhoben) seien bereits jetzt Anlaß für Überlegungen, was 1974 an die Stelle des § 7 b treten solle.

### Ein wertvoller Diskussionsbeitrag der EKD zum Thema Gewaltanwendung

Der am 15. Mai 1973 vorgelegten Thesenreihe der EKD zum Thema „Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft“, die die Kammer für öffentliche Verantwortung „mit Billigung des Rates der EKD“ vorgelegt hat, ist größte Aufmerksamkeit zu wünschen – die Aufmerksamkeit engagierter Christen ebenso wie der Politiker. Sie leistet einen ausgewogenen Beitrag zur oft leidenschaftlichen Diskussion in der Frage gewaltsamen Widerstandes wie in der Anti-Rassismus-Debatte. Sie unternimmt den Versuch, das alte theologisch-sozialethische Problem, vor das einen die Lehre vom „gerechten Krieg“ stellt, auf breiter Grundlage in der Perspektive eines erweiterten Horizonts zu erörtern.

Wer eine sozusagen kirchenamtliche Rechtfertigung der Gewaltanwendung im Dienste einer revolutionären Idee erwartet, wird freilich enttäuscht.

Die von den Verfassern gewählte Thesenform zeigt, daß sie keine ausgearbeitete „Theologie der Gewalt“ vorlegen wollen. Sie wollen vielmehr einen Beitrag leisten zur Schärfung der Gewissen der Handelnden, zur Diskussion der Beteiligten und der Betroffenen und für deren Entscheidung.

Nachdrücklich appelliert die Thesenreihe an Politiker und Gesellschaft, die Gewaltanwendung durch ihre Bereitschaft gegenstandslos zu machen, daß sie für mehr Gerechtigkeit offen sind. Nüchtern gehen die Verfasser davon aus, daß keine staatliche Ordnung auf den Einsatz von Gewalt verzichten könne. Solange sie im Rahmen einer ausgebildeten und wirksamen Rechtsordnung stehe, könne sie weder als Instrument der Unterdrückung bezeichnet noch als Rechtfertigung für Widerstand herangezogen werden. Nur unter dieser Voraussetzung spricht die Thesenreihe dem Staat ein Gewaltmonopol zu.

Mißbrauchte, unkontrollierte und menschenrechtswidrige Gewaltanwendung des Staates hingegen fordert Gegengewalt von Gruppen und einzelnen heraus. Hier knüpft die EKD-Thesenreihe an die theologische Tradition des Widerstandsrechts an, das freilich hinsichtlich des gewaltsamen Widerstandes nie vollends gelöst wurde, auch nicht nach dem 20. Juli 1944. Die Thesenreihe der EKD sucht eine Antwort, indem sie einen Zusammenhang zwischen Widerstandsrecht und Menschenrechten herstellt. „Ein Staat, der die Menschenrechte – nicht nur in Verfassungs- und Gesetzestexten, sondern in der Wirklichkeit seiner

Politik – achtet und pflegt, kann nicht Objekt von Gewaltausübung durch seine Bürger sein, wohl aber ein Staat, der die Menschenrechte andauernd und schwer verletzt.“

Diese Aussage müssen auch jene zur Kenntnis nehmen, die schweigen, wenn vom tatsächlichen Defizit an Menschenrechten in den „Volksdemokratien“ die Rede ist – auch wenn die EKD-Thesenreihe sich, aus welchen Gründen auch immer, auf die Verhältnisse dort nicht ausdrücklich bezieht. Hier liegt nicht nur Angola, Athen oder La Paz im Blickfeld.

Wünschenswert wäre, wenn der Diskussionsbeitrag der EKD den Zusammenhang zwischen Ideologie und Gewalt erörtert hätte – angesichts unserer jüngeren geschichtlichen Erfahrungen wie angesichts der höchst bedrohlichen Prozesse der Re-Ideologisierung unserer gegenwärtigen politischen Landschaft und ihrer oft brutalen Auswirkung. Daß sich die Verfasser beschränkten, ist verständlich. Für die Zukunft stellt sich hier der Kammer eine wichtige Aufgabe.

Hans Leonhard Roser, MdB

### Wer instruiert die Polizei?

Ein alarmierendes Sachverhalt haben die Demonstrationen am Wochenende offenbart.

Manche Polizisten, die – vor allem im Großraum Bonn – für Ruhe und Ordnung und für den Schutz des sowjetischen KP-Generalsekretärs Breschnew zu sorgen hatten, waren, wie es scheint, auf die Faustregel getrimmt, daß nichts passieren dürfe, was dem hohen Gast aus Moskau die Laune verderben könnte. Mitgliedern der Jungen Union, die sich mit Transparenten an die Zufahrtstraße zum Petersberghotel gestellt hatten, wurden die Schilder weggerissen; und als sie den Parolen der DKP-Demonstration ihre eigenen Thesen entgegensetzen wollten, bekamen sie es ebenfalls mit der Polizei zu tun.

Wer instruiert eigentlich die Polizei vor solchen Einsätzen wie denen am Wochenende? Das sollte doch wohl jeder Polizist wissen, der in einen solchen Einsatz geschickt wird: daß für die Deutschen das Recht zur freien Meinungsäußerung durch die Anwesenheit des ersten KP-Sekretärs der UdSSR nicht außer Kraft gesetzt wird. Natürlich müssen Demonstrationen genehmigt sein. Aber wer hat ein Recht, der Jungen Union Transparente zu verbieten? Gründlichkeit ist gut. Aber sie darf nicht zur Leisetreterei auf Kosten verbriefter Rechte ausarten.

Willi Weiskirch

## Zu § 218:

### In sozialer Not Strafe durch Hilfe ersetzen

„Es ist für uns nicht möglich, einer Reform des § 218 zuzustimmen, die die Fristenlösung zum Inhalt hat oder die im Effekt einer solchen Regelung gleichzusetzen ist, weil für uns unerträglich sein sollte, daß ohne Rechtfertigung, in vielen Fällen sogar nur der eigenen Bequemlichkeit wegen, menschliches Leben getötet wird. Eine Rechtsordnung, die hin- nimmt, daß mit dem Hinweis auf die angebliche Selbstbestimmung der Frau in das Leben eingegriffen werden kann, stellt ihre Grundwertentscheidung in Frage. Sie wird mit unabsehbaren Folgen rechnen müssen. Wir hoffen, sie können verhindert werden.“

Dies ist ein Zitat aus der grundsätzlichen Rede, die der Bundestagsabgeordnete Dr. Heinz Eyrich in der vergangenen Woche im Zusammenhang mit der angestrebten Reform des Strafrechts betreffend den § 218 abgegeben hat. Insgesamt vier Gesetzentwürfe sind nach der ersten Beratung im Parlament an die zuständigen Ausschüsse des Bundestages überwiesen worden. Übereinstimmend mit der Gesamtfraktion konnte die Abgeordnete Roswitha Verhülsdonk feststellen, daß quer durch die Fraktionen des Bundestages die Meinung vertreten werde, es sei Ziel der Änderung des Strafrechts, die illegalen Abtreibungen mit ihrem erhöhten gesundheitlichen Risiko und den oft demütigenden Umständen zumindest zu vermindern.

Die Opposition vertritt die Meinung, daß es nicht damit genug sein könne, entsprechende Paragraphen des Strafgesetzbuches zu verändern, um damit zu einer Lösung dieses ungemein schwie-

rigen Problems zu kommen. Sozusagen flankierende Maßnahmen müssen nach Ansicht der CDU/CSU die mit der Frage der Abtreibung zusammenhängenden Probleme erleichtern.

Als Beispiel dafür darf der Antrag der CDU/CSU auf die Einsetzung einer Enquete-Kommission genannt werden; er wurde von Dr. Helga Wex im Parlament eingebracht. Diese Kommission soll vor allem folgende Aufgaben erfüllen:

1. Vorschläge für Gesetzesänderungen vorlegen, um die volle rechtliche Gleichberechtigung zu verwirklichen.
2. Vorschläge dafür unterbreiten, wie neben der rechtlichen die soziale Chancengleichheit verwirklicht werden kann, um die Frauen instand zu setzen, in freier Entscheidung ihre Aufgaben in Beruf und Familie wahrnehmen zu können.
3. Erhebungen über die finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen anstellen sowie Vorschläge zur Finanzierung unterbreiten.

Frau Verhülsdonk hat zusätzlich zu den Aufgaben der beantragten Enquete-Kommission weitere Aspekte genannt, die im Zusammenhang mit diesem Problemkreis erörtert und vorbereitet werden sollten. Dazu sollten gehören

- bessere Sexualerziehung
- Verbesserung der materiellen Situation kinderreicher Familien
- vermehrtes Angebot kinderfreundlicher Wohnungen

- verstärkte Schaffung von Kindergartenplätzen, Kindertagesstätten und Spielplätzen
- Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen
- Änderung des schwerfälligen Adoptionsrechts
- kostenlose psychologische und medizinische Betreuung vor allem lediger Mütter
- Förderung von Familienberatungsstellen freier und öffentlicher Träger.

Man erhofft sich bei der CDU/CSU, falls der Antrag in ihrem Sinne durchgeht, auch eine aufeinander abgestimmte Hilfe, die aus Ländern und Gemeinden kommt.

Dazu Frau Verhülsdonk:

„Bevor wir in die letzte Lesung des Gesetzentwurfs eintreten, könnten schon erste Akzente gesetzt sein: z. B. die von allen Parteien geforderte Verbesserung der Beratungsdienste. Nach den Vorstellungen der CDU/CSU-Fraktion sollen sie sich allerdings nicht nur auf den sehr wichtigen Bereich der Familienplanung erstrecken, sondern neben der medizinischen und psychologischen Beratung (Erziehungsberatung) auch die soziale umschließen. Entscheidend ist dabei: die in den Beratungsstellen tätigen Personen müssen zur Verschwiegenheit verpflichtet sein, wie es in unserem diesbezüglichen Antrag gefordert wird. Sonst werden die Dienste von der Bevölkerung mit Sicherheit nicht in Anspruch genommen. Es darf z. B. nicht vorkommen, daß eine schwangere Frau sich beraten läßt und später eine Aufforderung erhält, mitzuteilen, ob und wann sie das Kind auch geboren hat.“

Ein weiterer Teil der breit gefächerten Maßnahmen, die von der CDU/CSU im Gesamtzusam-

(Fortsetzung auf Seite 15)

# Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wählte einen neuen Vorsitzenden

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat einen neuen Vorsitzenden: Wie bereits aus der Presse bekannt wurde, hat am 9. Mai 1973 der bisherige Vorsitzende, Dr. Rainer Barzel, sein Amt niedergelegt. In einer geheimen Wahl wählte die Fraktion am 17. Mai Prof. Dr. Karl Carstens zum Nachfolger. Carstens erhielt von 219 abgegebenen Stimmen in der Bundestagsfraktion 131 und hat damit mehr als die notwendige absolute Mehrheit bereits im ersten Wahlgang errungen. Mit ihm zusammen kandidierten für dieses Amt der frühere Bundesaußenminister Dr. Gerhard Schröder und der Abgeordnete Dr. Richard von Weizsäcker.

In einer persönlichen Erklärung hatte Dr. Barzel am 9. Mai seinen Abschied von dem Amt des Fraktionsvorsitzenden in folgender Weise begründet:

„Die Fraktion hat gestern in einer wichtigen und grundsätzlichen Frage, die ich als fundamental für die Richtung unserer künftigen Politik bezeichnet habe, mit knapper Mehrheit gegen meinen Rat entschieden. Seit langem und mit Nachdruck hatte ich meine Meinung hierzu in vollkommener Übereinstimmung mit dem Präsidium der CDU und den Ministerpräsidenten der Union vertreten.

Nachdem die Bedingungen erfüllt sind, die unser Sprecher in der ersten Lesung des Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen im Auftrag der Fraktion verbindlich im Deutschen Bundestag genannt hatte, hielt ich es für ein Gebot der Redlichkeit, nun mit Ja zu stimmen, zumal ein Nein niemand in der Welt – und schon gar nicht unsere Freunde – verstehen würde. Immerhin stand am Beginn der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauers feste Zusage, Inhalt und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen zu achten und zu befolgen.

Seit fast zehn Jahren führe ich unsere Bundestagsfraktion. Ich habe diesen verantwortungsvollen Dienst gerne geleistet und wurde immer wieder in geheimen Wahlen von Ihnen zum Vorsitzenden gewählt. Ich habe nie einen Zweifel an meiner Meinung gelassen, immer von mir aus Vorschläge

über den künftigen Weg gemacht, jedem Kollegen Achtung und jeder abweichenden Meinung Respekt gezollt. Demokratie kennt Ämter nur auf Zeit. Ich habe dieses Amt nach besten Kräften geführt. Ich bin nicht bereit, einer Mehrheitsentscheidung, die in einer wichtigen Sache gegen meine engagierte Überzeugung erfolgt, nun als Vorsitzender zu vertreten. Ich habe, wie ich Ihnen gestern sagte, die Konsequenzen überdacht. Hiermit trete ich vom Amt des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach gewissenhafter Prüfung des Für und Wider zurück.

Meinen Mitarbeitern, von denen ich viel, oft zu viel, verlangt habe, danke ich herzlich. Im Kreis der Kolleginnen und Kollegen, in den ich nun aus eigenem Entschluß zurückkehre, werde ich weiter für unsere Sache aktiv eintreten und weder meine Freunde noch die Wähler, noch die Ideale, für die ich kämpfe, im Stich lassen.“

Nach ihm sprach der Ehrenvorsitzende der CDU, Dr. h. c. Kurt-Georg Kiesinger, den die Fraktion auf der Sitzung am gleichen Tag gebeten hatte, das Amt des Fraktionsvorsitzenden bis zur Neuwahl wahrzunehmen. Er sagte u. a.:

„Meine erste Aufgabe ist es, dem Manne im Namen dieser Fraktion zu danken, der heute nach zehnjähriger hingebender Arbeit für diese Fraktion geglaubt hat, sich so entscheiden zu müssen, wie er es getan hat. Diese Entscheidung wird von uns respektiert. Wir alle wissen, wie ein solches Amt

## ■ Aus der Bundestagsfraktion

einen Menschen belasten kann, und was es von ihm fordert. Er hat einmal – auf dem Mainzer Parteitag – gesagt, daß es jetzt ohne Rast und Ruh zu arbeiten gelte, und keiner in diesem Saal wird leugnen, daß er dieses Wort für sich persönlich wahrgemacht hat. Er hat mit einem außerordentlichen Fleiß für diese Fraktion gewirkt, er hat seine ganze Kraft unserer Sache zur Verfügung gestellt – und wie immer der eine oder andere über dieses oder jenes urteilen mag: darüber – so glaube ich – daß dieser Mann sich im Dienste dieser Fraktion bis zur vollen Verausgabung seiner Kraft eingesetzt hat, darüber sind wir uns wohl alle einig.“

Wenige Tage später erfolgte dann die Wahl des neuen Fraktionsvorsitzenden. Dr. Kiesinger gab sein Interimsamt in die Hände von Prof. Carstens. Der erklärte dazu:

„Erlauben Sie mir ein paar kurze Bemerkungen, bevor ich meinen Zwischenauftrag in die Hände des neuen Fraktionsvorsitzenden übergebe: Nach dem Rücktritt unseres bisherigen Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel, der dieses Amt in zehn Jahren Geschichte unserer Partei und unserer Fraktion in Höhen und in Tiefen eindrucksvoll wahrgenommen hat, haben sich drei hochgeachtete Mitglieder unserer Fraktion bereit erklärt, die Verantwortung für dieses hohe und schwere Amt zu übernehmen, wenn die Fraktion es ihnen anvertraut. Wir schulden allen drei Kollegen dafür unseren aufrichtigen Dank.

Die Fraktion hat sich mit einer großen Mehrheit für unseren Kollegen Karl Carstens entschieden. Lieber Herr Carstens, ich beglückwünsche Sie von Herzen zu dieser eindrucksvollen Wahl. Sie übernehmen eine schwere aber auch eine große Aufgabe. Sie bringen – und niemand weiß das besser als ich – für diese Aufgabe des Führens und Zusammenführens große Gaben mit. Mögen Sie dabei getragen werden vom Vertrauen, von der Loyalität und der Unterstützung dieser Fraktion in guten und in schweren Tagen und in dem täglichen oft genug zermürenden Amt für unsere große und gemeinsame Sache. Und möge Ihnen schließlich, lieber Herr Carstens, jenes Quantchen Glück beschieden sein, dessen auch der Tüchtige bedarf.“

In seiner Antwort erklärte Prof. Dr. Karl Carstens, daß sich die Aufgabe, die ihm nun übertragen sei, für ihn als eine schöne, große, ja, er möchte sogar sagen, großartige Aufgabe darstelle. Carstens lobte die gegenwärtige CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der er aus eigener Erfahrung bescheinigte, sie sei niemals besser gewesen. Dies vor allem im Hinblick auf das Niveau der Diskussion und auch im Hinblick auf die große Zahl her-

vorragender einzelner Persönlichkeiten. Er selbst, wie auch die Fraktion sehe in dem Auftrag der 16 Millionen Wähler an die CDU/CSU eine Verpflichtung, die Aufgaben, die der Opposition gestellt seien, erfolgreich durchzuführen. „Und zwar so durchzuführen, daß wir für die nächste Wahl mit einer noch besseren Ausgangsposition antreten, als das letzte Mal.“

Prof. Carstens gab dann folgende persönliche Erklärung ab:

„Ich werde mich mit allen mir zu Gebote stehenden Kräften bemühen, dieses Maß an Geschlossenheit und Solidarität erwachsen und entstehen zu lassen, daß wir meiner Meinung nach für diesen Erfolg brauchen – ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine frühzeitige Diskussion der anstehenden Probleme, daß frühzeitige Erkennen aller Fragen, die auf uns zukommen, und die unbedingte Durchsichtigkeit der Führungsmethoden dazu einen wertvollen Bestandteil bietet. Wenn ich sage Durchsichtigkeit der Führungsmethoden, dann verstehen Sie das bitte richtig: kein Politiker und schon gar kein Fraktionsvorsitzender kann in jedem Augenblick alles sagen, was er denkt. Aber, ich werde mich bemühen, daß die Art und Weise, wie Entscheidungen hier zustande kommen, für jedes Mitglied unserer Fraktion jederzeit einsehbar sind.“

Prof. Carstens dankte seinem Vorgänger, Dr. Rainer Barzel, für dessen Arbeit. Er habe seit 1949 alle Fraktionsvorsitzenden und auch die meisten Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU kennengelernt. Wörtlich fügte er dann hinzu:

„Erlauben Sie mir, jetzt einmal aus der Sicht meines früheren Amtes zu sagen, daß nach meiner Überzeugung Rainer Barzel an den Leistungen der CDU/CSU-Regierungen in dieser zehnjährigen Zeit und an den Leistungen der großen Koalition während der letzten zwei Jahre einen hervorragenden Anteil hatte.“

Auch an die beiden Fraktionskollegen, die mit ihm zusammen für das Amt des Vorsitzenden kandidiert hatten, an Dr. Gerhard Schröder und Dr. Richard von Weizsäcker, richtete Prof. Carstens Worte des Dankes und den gleichzeitigen Appell, ihn mit Rat und Tat zu unterstützen in dieser neuen Aufgabe, in der er so zu sagen als „Neuling“ hineingehe. Der neue Fraktionsvorsitzende schloß seine kurze Ansprache mit der Bitte: „Ich werde Rat und Unterstützung von Ihnen allen brauchen. Ich werde Rat und Unterstützung insbesondere von den Mitgliedern des Vorstandes und von den Parlamentarischen Geschäftsführern brauchen.“

# Kohl: Die Europa-Idee muß wieder attraktiv gemacht werden

Unmittelbar vor seinem Besuch beim Sitz der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel hat der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende und rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl seine Besorgnis darüber ausgedrückt, daß die Überzeugungskraft der europäischen Idee im Bewußtsein der Bevölkerung spürbar geschwächt worden sei. Kohl, der am 28. und 29. Mai in Brüssel u. a. mit dem Präsidenten der EWG-Kommission, Ortoli, Vizepräsident Soames, den Kommissionsmitgliedern Dahrendorf und Thomson, dem belgischen Ministerpräsidenten Leburton, dessen Außenminister van Elslande sowie mit NATO-Generalsekretär Luns zusammentrifft, fordert in einem Beitrag in der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“, Ausgangspunkt und Ziel der europäischen Integration wieder engagierter und verständlicher zu artikulieren und für den einzelnen Bürger „unmittelbar erfahrbar“ zu machen. „Politische Ziele, die nicht verständlich formuliert werden und für den einzelnen nicht erfahrbar werden, verlieren an Verbindlichkeit“, stellt Kohl fest.

Für Kohl sind Freiheit und Frieden für die Bundesrepublik auf Dauer nur gesichert, wenn sie sich unauflöslich in die Gemeinschaft Westeuropas eingliedern werden. Nicht Unabhängigkeit, sondern Gleichberechtigung und Einfluß in Gemeinschaft mit anderen sei die zeitgerechte Form politischer Souveränität. Für die Bundesrepublik sei Europa kein geographischer, sondern ein geistig politischer Begriff. Nur ein gesellschaftspolitisch attraktives Europa werde zur Überwindung der innereuropäischen Spannungen beitragen, die soziale Gerechtigkeit fördern und damit einen Beitrag zum sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt in der Welt leisten können, schreibt Kohl. Zu dieser Neubelebung des europäischen Handelns seien von der Bundesrepublik Impulse und Ideen gefordert, nicht nur bloßes Reagieren. Da es für die Dynamik eines politischen Gemeinwesens von entscheidender

Bedeutung sein, Gemeinsamkeiten herauszubilden, deren Verbindlichkeit auch bei unterschiedlichen Auffassungen bestehen bleibt, müßten die politischen Kräfte in der Bundesrepublik in Zukunft über die europäische Integration und ihre Ziele gemeinsam nachdenken und tätig werden. Insbesondere Regierung und Opposition müßten hier zusammenwirken.

### Harmonisierungswahn abbauen

Für die CDU, schreibt Kohl, verlange dies ein hohes Maß an Nüchternheit, Geduld und Rationalität. Sie versteht sich auf Grund ihrer ungebrochenen Kontinuität als Partei der europäischen Integration weniger als kontrollierende Opposition, sondern mehr als impulsgebender, verantwortlicher Mitgestalter. Krisen des sich integrierenden Europas seien für die CDU nichts anderes als Herausforderungen,

die mit schöpferischer Fortentwicklung zu beantworten seien.

Auch in der Europapolitik – so Kohl – gelte der Grundsatz, daß der Alltag die Politik bestimme. Der Wille eines jeden einzelnen, diesen Alltag zu verändern, müsse auf die Europapolitik übergreifen, da nur dann die europäische Gemeinschaft wieder erfolgreich voranschreiten könne. Umgekehrt müßte die Gemeinschaft die Anliegen der Menschen und ihren Willen zur Mitwirkung wieder in den Vordergrund stellen. Mitwirkung in der Form von Gestaltung bewahre die Bundesrepublik auch vor dem Zwang, gemeinsame Regelungen um jeden Preis anzustreben. Dieser mit Recht beklagte Harmonisierungswahn, wie er in Brüssel nicht selten anzutreffen sei, habe in der Vergangenheit die Probleme nicht gelöst, sondern oft nur hinausgezögert und vielfach sogar verschärft.

Kohl fordert in diesem Zusammenhang den Aufbau eines „übergreifenden politischen Kräftefeldes“, das Parteien, Verbände und öffentliche Meinung erfaßt und aus der nationalen Beschränktheit herausführt. Nur wenn zum Beispiel Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ihre Interessen europäisch verstünden, werde die Gemeinschaft jenen Zusammenhalt gewinnen, den sie zur Überwindung der Stagnation benötige. Dies bedeute allerdings auch, daß Fragen wie etwa die Mitbestimmung oder das Problem der multinationalen Konzerne unter europäischen Gesichtspunkten angepackt werden müßten.

Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende spricht sich weiter dafür aus, eine funktionsgerechte Verwaltung im europäischen Bereich zu schaffen, wobei der Abbau der agrarpolitisch kopflastigen Verwaltung rasch in Angriff genommen werden müsse. Die Kommission müsse personell in die Lage versetzt wer-

den, ihr übertragene Aufgaben auch zu erfüllen. Darüber hinaus müsse die Informationspolitik, etwa durch eine tägliche gemeinsame Nachrichtensendung in allen Mitgliedstaaten über die Ereignisse in Europa, entscheidend ausgebaut werden.

Der Sozialpolitik, der Energiepolitik und der Strukturpolitik mißt Kohl für die Zukunft im europäischen Rahmen eine besondere Bedeutung bei. Dazu gehöre die

- Entwicklung und Realisierung gemeinsamer Prinzipien sozialer Sicherung
- Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmensorganen
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Intensivierung einer koordinierten Arbeitsmarktpolitik.

## Regionale Strukturpolitik hat Vorrang

Der regionalen Strukturpolitik müsse endlich Vorrang eingeräumt werden. Nur dann könne es gelingen, die gemeinsame Agrarpolitik grundlegend zu reformieren. Jetzt sei der Augenblick gekommen, die Landwirtschaftspolitik der Gemeinschaft radikal zu überdenken. Erforderlich sei eine konzertierte Politik der Preise, der Einkommen und der Strukturreformen. Für die langfristige Stabilisierung der Gemeinschaft sei der Abbau der Strukturdisparitäten der verschiedenen Länder und Regionen ebenso unerlässlich wie das Zustandekommen der Wirtschafts- und Währungsunion.

## Europäische Staatsbürgerschaft?

In diesem Zusammenhang spricht Kohl auch das Problem der Gastarbeiter an, das eine europäische Dimension erhalten habe. Kohl will die Frage geprüft sehen, ob neben vielfältigen sozialen Hilfen die Schaffung einer

## Spitzenpolitiker der Union sprechen am 17. Juni in Berlin

Das Präsidium der CDU ist am 21. Mai in Bonn unter der Leitung des CDU-Generalsekretärs Dr. Konrad Kraske zusammengetreten. Zum ersten Mal war der neugewählte Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Professor Dr. Karl Carstens, anwesend, der nach dem Statut dem Führungsgremium der Partei als „geborenes Mitglied“ angehört.

Dr. Kraske begrüßte Professor Carstens und wünschte ihm Erfolg für die beiden neuen Aufgaben, die er in Fraktion und Partei übernommen habe.

Professor Dr. Carstens und Dr. Gerhard Schröder gaben bei der Erörterung der politischen Lage dem Präsidium einen detaillierten Bericht über das Gespräch, das sie am Wochenende mit dem Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, hatten. Sodann erörterte das CDU-Präsidium die in dieser Woche im Bundestag und im Bundesrat anstehenden stabilitätspolitischen Entscheidungen.

Die CDU-Führung gab ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß es zwischen den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland zu keiner übereinstimmenden Meinung über eine Gedenkfeier zur 20. Wiederkehr des 17. Juni in Berlin gekommen ist. Die CDU wird darum diesen Tag mit einer eigenen Veranstaltung in Berlin begehen, auf der der neugewählte Parteivorsitzende, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ein namhafter Repräsentant der CSU sprechen werden.

Das Präsidium widmete sich schließlich der Vorbereitung der Bundesvorstandssitzung, die am 25. Mai 1973 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn stattfinden und die ersten Berichte der zu Beginn des Jahres eingesetzten Kommissionen entgegennehmen soll. Dabei wird es sich vor allem um Vorlagen zum Bodenrecht, zur Beruflichen Bildung und zur Medienpolitik handeln. Das Präsidium war sich einig, daß die Ergebnisse der Kommissionsberatungen baldmöglichst zur weiteren Diskussion in die Partei gegeben werden sollen.

europäischen Staatsbürgerschaft nicht ein demokratisch sinnvolles Fundament darstellen würde. Der Grundgedanke dabei sei, daß die europäischen Gastarbeiter nicht als Ausländer behandelt werden sollten. Auch mit der Verleihung

etwa der deutschen Staatsbürgerschaft werde ihnen kein Gefallen getan. Deshalb sollte zunächst ein Grundstock europäischer Staatsbürgerrechte geschaffen werden, der im Laufe der Zeit weiter auszubauen wäre.

# ■ Aus der Bundestagsfraktion

(Fortsetzung von Seite 4)

menhang gefordert werden, ist eine Neuregelung des Adoptionsrechts; auch dazu liegt ein Antrag der Opposition vor. Hintergrund dieses Entwurfs ist, so formulierte es der CDU-Abgeordnete Dr. Anton Stark, die Tatsache, daß im Augenblick tausende von Ehepaaren bereit sind, ein Kind zu adoptieren und damit in die Geborgenheit einer Familie aufzunehmen – und daß andererseits noch etwa hunderttausend Kinder in Heimen aufwachsen. Diese Kinder müssen teilweise in diesen Heimen leben und unter einer Situation aufwachsen, die für sie die Gefahr nicht wiedergutzumachender Schäden in sich birgt. Der Gesetzgeber sollte deshalb alles tun, so ist die Ansicht der Opposition, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Heimunterbringung und -erziehung soweit wie immer möglich im Interesse der Kinder auf ein Mindestmaß beschränkt werden kann. Aus dieser Forderung kann nur ein Fazit gezogen werden: das bisher geltende schwerfällige Adoptionsrecht muß auf unsere Zeit modifiziert werden. Wie soll das geschehen? Die CDU/CSU strebt folgende Ziele an:

- 1 Die Einführung der Volladoption, d. h. die vollständige rechtliche und tatsächliche Eingliederung der Adoptivkinder in die Familie der Adoptiveltern als Regeladoptionsform.
- 2 Die Beseitigung aller unnötigen und überholten Hindernisse, wie z. B. die überalterten Altersvoraussetzungen bei den Adoptiveltern, die eine Adoption erschweren oder verhindern.
- 3 Die Vereinfachung des Adoptionsverfahrens und die Schaffung einer zentralen Vermittlungsstelle mit dem Ziel, das Adoptionsverfahren zu beschleunigen.

Letzter Punkt der flankierenden Maßnahmen ist ein ebenfalls von der CDU/CSU eingebrachter Gesetzentwurf zur Verbesserung der Hauspflege und der Familienhilfe im Rahmen der Reichsversicherungsordnung. Durch ihn, so begründet die Abgeordnete Maria Stommel, soll einmal die soziale Benachteiligung der unvollständigen Familie vermindert werden und andererseits die Möglichkeit geschaffen werden, daß Mütter in ihrer Berufstätigkeit und ihren Aufstiegschancen dann gehindert würden, wenn beispielsweise ein Kind erkrankt oder pflegebedürftig wird. Dazu

sieht der Gesetzentwurf ein Pflegegeld vor, wenn der versicherte Familienteil der Arbeit fern bleiben muß. Die CDU/CSU will damit das Leben der vollständigen wie der unvollständigen Familie erleichtern.

Die Abgeordnete Verhülsdonk erklärte in ihrer zusammenfassenden Rede, daß Strafandrohung allein die Probleme nicht aus der Welt schaffen könne, aber eine Aufhebung der Strafandrohung für eine Fristenlösung ebensowenig. Ein humaner Staat, der es ernst nehme mit dem Grundgesetz, sollte in sozialer Not Strafe durch Hilfe ersetzen.

## Union erachtet Stabilitätsprogramm für nicht ausreichend

Bei der Schlußabstimmung über das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung im Finanzausschuß erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abgeordneter Dr. Hansjörg Häfele, für die Fraktion der CDU/CSU:

Die CDU/CSU-Fraktion sieht die Voraussetzungen noch nicht als gegeben an, um die Mitverantwortung für das Stabilitätsprogramm zu übernehmen. Sie stimmt deshalb im Finanzausschuß mit Nein.

Die schon anfänglich geäußerten Befürchtungen der Opposition, das Programm sei nicht ausgewogen und nicht ausreichend, sehen wir bestätigt. Auch nach Anhörung der Sachverständigen Professor Kloten und Dr. Schlesinger sind u. a. bedeutsame schwache Punkte klar erkennbar:

- Infolge der Einkommensgrenze von 24 000,—/48 000,— DM bei der sogenannten Stabilitätsabgabe erfolgte keine nennenswerte Kaufkraftab-

schöpfung, sondern eine zusätzliche Investitionsdämpfung und Entspargung.

- Die durch die sogenannte Stabilitätsabgabe aufzubringenden 4,6 Milliarden DM sind nicht ausreichend bindend bei der Bundesbank festgelegt. Im Wirtschaftsausschuß hat die Koalition sogar den Antrag abgelehnt, die Freigabe wenigstens durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates vorzunehmen.
- Die Mineralölsteuererhöhung wirkt zum jetzigen Zeitpunkt unmittelbar preistreibend und steht einer wirklichen Kraftfahrzeugsteuerreform im Weg.

### Sozialausschüsse verabschieden Modell eines neuen Unternehmensrechtes

Auf ihrer Bundestagung in Bochum haben die Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft am 19./20. Mai erneut ihre Eigenständigkeit gegenüber Partei und Gewerkschaften betont. Ihr Ziel ist die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft nach den gesellschaftspolitischen Grundsätzen des Ahlener Programms und der Düsseldorfer Leitsätze der Union. Mit dem DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter, der fast an der ganzen Tagung teilnahm, vereinbarten die Sozialausschüsse Gespräche über gemeinsam interessierende Sachfragen.

In klaren Entscheidungen der Unionsparteien in den anstehenden gesellschaftspolitischen Fragen sehen die Sozialausschüsse auch den einzigen Weg zur Rückgewinnung der Mehrheit. Testfall für das gesellschaftspolitische Profil der CDU ist nach übereinstimmender Überzeugung die Mitbestimmungsfrage. Gegen nur 7 Stimmen aus Kreisen der hauptamtlichen DGB-Gewerkschaftler in den Sozialausschüssen verabschiedete die Bundestagung der Sozialausschüsse ihr Modell eines neuen Unternehmensrechtes, das sie auf dem Hamburger Parteitag zur Abstimmung stellen wollen.

Neue Gesellschaftsprogramme wurden in Bochum nicht zur Diskussion gestellt. Die etwas mehr als 100 vorgelegten Anträge bekräftigten und ergänzten vielmehr die Beschlüsse, die von den Sozialausschüssen auf ihren letzten Bundestagungen in Offen-

burg, Oldenburg und Koblenz gefaßt wurden. Die CDU-Arbeitnehmer drängen jetzt darauf, daß ihre Vorstellungen auf dem Hamburger Parteitag der CDU weitgehend von der Union übernommen werden. Bei den Beratungen des Parteivorstandes über die von den Kommissionen jetzt vorgelegten Beratungsergebnisse zu Fragen der beruflichen Bildung, der Eigentumsbildung und anderen Problemen, werden Hans Katzer und Norbert Blüm darauf hinweisen können, daß die Sozialausschüsse mit äußerster Geschlossenheit und Entschlossenheit hinter ihren gesellschaftspolitischen Auffassungen stehen.

Die Überzeugungskraft der sozialen Marktwirtschaft hat nach Auffassung von Hans Katzer, der gegen wenige Stimmen erneut für 2 Jahre zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde, deshalb nachgelassen, weil es nicht gelungen ist, mit ihr auf die Fragen von morgen und übermorgen überzeugende Antworten zu geben. Die enge Verzahnung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik müsse verstärkt werden mit dem Ziel, die wirtschaftliche Produktion als Gemeinschaftsleistung der Gesellschaft, als Dienstleistung für die Gesellschaft zu begreifen. Nach Katzer hat unverändert die Kernaussage des Ahlener Programms Gültigkeit:

*„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht ge-*

*recht geworden. Es muß aber ebenso vermieden werden, daß der private Kapitalismus durch den Staatskapitalismus ersetzt wird, der noch gefährlicher für die politische und wirtschaftliche Freiheit des einzelnen sein würde.“*

Nur wenn der Arbeitnehmer gleichberechtigt in der Wirtschaft mitbestimmt, wenn er selbst am Ertrag und am Produktivkapital beteiligt wird, haben wir – so Hans Katzer – eine überzeugende Antwort auf das marxistische System.

Als Beweis für ihren Stellenwert in der Partei wurde von den Sozialausschüssen in Bochum die Tatsache gewertet, daß mit Rainer Barzel, Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Frau Wex fast das gesamte Parteipräsidium in Bochum anwesend war. Erstmals nahm auch der Präsident des Arbeitgeberverbandes Dr. Friederichs, dem Hans Katzer ausdrücklich für sein jahrelanges Engagement in der Eigentumspolitik dankte, an einer Bundestagung der C.D.A. teil.

Kritisch setzten sich die Delegierten jedoch mit der nach ihrer Auffassung nach ungenügenden Klarheit der gesellschaftspolitischen Aussagen der CDU auseinander.

Kohl wie Barzel bestätigten den einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes, daß die Beschlüsse des Parteitages von Düsseldorf zur Mitbestimmung nicht mehr die Grundlage der Diskussion auf dem Hamburger Parteitag sein können. Kohl tritt für eine Mitbestimmung ein, die die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit sicherstellt.